

dogmatischer Flügel bereit, in der Wirtschaftspolitik Zugeständnisse zu machen. Die forcierte Industrialisierungspolitik, die Degradierung der Landwirtschaft sowie der Vorrang von Investitionsleistungen vor allem für die Schwer- und Rüstungsindustrie vor einer aktiveren Konsumgüterpolitik orientierten sich deutlich am sowjetischen Vorbild.

Dieser ersten Phase der Einführung eines sozialistischen Wirtschaftsmodells stellt T. eine zweite Phase (1953–1959) gegenüber, die durch innen- wie außenpolitische Krisen, Reformbemühungen und schließlich Rücknahme der Reformen gekennzeichnet war. In einer genauen Analyse der Entscheidungsabläufe in parteiinternen und staatlichen Planungsgremien weist er nach, daß die wirtschaftspolitischen Reformbemühungen, die im Zuge der Entstalinisierung seit 1953 und des Polnischen Oktobers 1956 eingeleitet wurden, erneut nur der Festigung der gesellschaftlichen Legitimationsbasis dienen sollten. Nach der Konsolidierung der Herrschaft der kommunistischen PZPR (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza, Polnische Vereinigte Arbeiterpartei), die spätestens seit den Parlamentswahlen des Jahres 1957 einsetzte, überwogen erneut dogmatische Wirtschaftsstrategien. Reformkonzepte, die von Wirtschaftsexperten und staatlichen Planungsstellen ausgearbeitet worden waren, wurden von der Partei verworfen. Die Abkehr von den reformerischen Strategien konnte um so schneller erfolgen, als die PZPR in den 1950er Jahren ihre Alleinherrschaft im Staat schon abgesichert hatte und es nur noch darum ging, bestimmte innerparteiliche Reformkreise wieder auf Parteilinie zu bringen.

Resümierend stellt der Vf. fest, daß in den beiden untersuchten Phasen die wirtschaftspolitischen Strategien dem Primat der ideologisch determinierten Machtpolitik der polnischen Kommunisten untergeordnet blieben. Ökonomische Reformen waren lediglich zeitweilige Zugeständnisse, um die Legitimationsbasis der Parteiherrschaft in Krisenzeiten zu verbreitern. Auf einer beeindruckend breiten Quellenbasis kommt der Vf. zu dem Ergebnis, daß die Strategien, die im Nachkriegspolen zur Etablierung eines sozialistischen Wirtschaftssystems führten, zwar durch die sowjetische Einflußnahme mitbestimmt wurden, im Grunde aber hauptsächlich im Verantwortungsbereich der polnischen Kommunisten lagen. Die Arbeit ist ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der Volksrepublik, da sie wichtige Einblicke in die Entscheidungsprozesse an der Schnittstelle von ideologisch bestimmter Parteipolitik und von ökonomischen Sachzwängen bestimmter Wirtschaftspolitik liefert.

Leipzig

Claudia Kraft

Andrzej Palczak: Procesy stalinizacji w Polsce w latach 1947–1956. [Der Prozeß der Stalinisierung in Polen zwischen 1947 und 1956.] Wydawnictwo APEX. Zabrze 1996. 509 S.

Dieses ursprünglich als Dissertation verfaßte Werk setzt sich zum Ziel, „das eigentliche politische und Parteisystem aufzuzeigen, das zwischen den Jahren 1947 und 1956 in Polen funktionierte.“ Eine derartige Darstellung sei notwendig angesichts des langjährigen „Propagierens eines falschen Wirklichkeitsbildes“ durch das polnische kommunistische Regime (S. 3). Die genannten Jahre versteht der Autor als die Zeit des „klassischen Stalinismus“ in Polen, unterstreicht aber zugleich, daß „Stalinisierung“ mit dem Aufbau spezifischer Parteien-, Propaganda- und Repressionssysteme in Polen bereits 1944 einsetzte. Das Buch, gestützt auf eine breite Auswahl von Quellen, einschließlich Materialien aus Staats-, Partei- und ausländischen Archiven (bes. des polnischen Instituts in London) sowie auf über 650 Positionen polnischsprachiger Sekundärliteratur, bietet eine Analyse dieser drei Aspekte des stalinistischen Systems.

An Fülle und Dichte von Informationen zum Aufbau des politischen Systems der Nachkriegszeit sowie zur Entwicklung der verschiedenen Arten staatlicher Propaganda und Repression in Polen sucht der Band seinesgleichen. Von besonderem Wert ist die

ständige Konfrontation von in Volkspolen entstandenen Darstellungen mit den Ergebnissen jetzt zugänglicher Archivalien. Hier geht der Vf. differenziert vor und zeigt, daß auch Geschichtswerke, die unter der Diktatur geschrieben wurden, ihren Wert haben können. Sehr nützlich erscheinen auch die Quellen der Emigration, obwohl hier nie klar wird, woher die Auslandspolen über Ereignisse in Polen – z.B. über die NKVD-Komplizenschaft gewisser politischer Führer – so gut informiert sein konnten; Materialien des polnischen Sicherheitsdienstes (UB) wurden nicht benutzt.

Andrzej Palczak versteht seine Untersuchungsobjekte im breitesten Sinne und liefert Informationen weit über das Erwartete hinaus. So erfährt man unter „Propaganda“ von der Entstehung des volkspolnischen Bildungswesens und des Medienapparates – samt präzisen Anordnungen, Gesetzen, Angaben über die technische Ausstattung (einschließlich Baujahr und Herkunftsland der Fernsehgeräte) und zu jedem nur erdenklichen Aspekt des Pressewesens – bis hin zu den simplen Parolen jener Zeit. Unter „Repression“ versteht der Vf. sowohl die Vernichtung der Privatwirtschaft und die Unterdrückung von Arbeiterprotesten als auch die Verlagerung von Investitionsmitteln von der Landwirtschaft in die Schwerindustrie. Man erfährt auch viel über die Bedingungen des täglichen Lebens, zum Beispiel den Zuckerverbrauch je Einwohner im Jahre 1955, Inhalt und Geltungsdauer von Lebensmittelmärkten, gegen den Kleinhandel gerichtete Steuerbestimmungen oder die Arbeitsbedingungen von Genossenschaftsbauern samt ihrer Produktivität.

Dieses materialreiche Werk leidet aber an einer gewissen Unausgeglichenheit: Geht der Autor einer Unmenge polnischsprachiger Quellen zu seiner Periode nach, so widmet er größeren historiographischen Fragen verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit. Sein Interesse wird durch die generelle Fragestellung geleitet, ob sich hinter dem Wort Volksdemokratie nicht tatsächlich eine Diktatur verbarg. Der Befund ist positiv. Volkspolen war von Anfang an eine „Art diktatorischer Herrschaft“ (S. 401). Stellt dies aber eine neue Einsicht dar? Die Begrenztheit der Fragestellung ist auf die Begrenztheit der zu Rate gezogenen Literatur zurückzuführen: Wohl berücksichtigt der Autor die in Volkspolen entstandene Literatur fast vollständig, von westlichen Darstellungen nimmt er aber keine Notiz, auch nicht von den Standardwerken Z. Brzezinskis oder K. Dziewanowskis. Ironischerweise reproduziert er die wissenschaftliche Isolation der Periode, die er beschreibt.

Diese Isolation erklärt vielleicht auch die aus westlicher Perspektive vereinfachte Sicht auf die Machtverhältnisse unter dem polnischen Stalinismus. Der Autor erachtet die Propaganda des Regimes für „ineffektiv“ (S. 403) und schließt deshalb auf ihre Unpopularität (S. 408). So widersprüchlich und absurd erscheinen ihm die Parolen und Losungen jener Zeit, daß er keine zeitgenössischen Nachweise zur Popularität des Regimes für notwendig erachtet. Wie aber hat sich dieses Regime durch vier Jahrzehnte – trotz wiederholter Krisen – halten können? Hier gibt das Schema des Autors, wonach eine kleine Clique moskauhöriger Kommunisten die übrige Bevölkerung unter Druck hielt, keine befriedigende Antwort. Ein über die polnischsprachige Literatur hinausgehender Ansatz hätte vielleicht auf die generell widersprüchliche Rezeption diktatorischer Regime durch ihre Bevölkerungen hingewiesen. Ohne je schlicht und einfach „populär“ gewesen zu sein, haben auch polnische Kommunisten es verstanden, breite Kreise der Bevölkerung in unterschiedlichem Maße für ihre Ziele einzuspannen. Zum Beispiel haben viele soziale Aufsteiger ihnen eine bedingte Loyalität entgegengebracht, ohne je die kommunistische Propaganda als Ganzes zu beherzigen. Diese Einsicht, weit verbreitet in Werken über die Sowjetunion, ist auch im Falle Polens vor Jahren von Krystyna Kersten geäußert worden. Leider hat bislang kein Historiker sie an den Quellen zur Sozialgeschichte Polens – z.B. anhand von Memoiren oder privater Korrespondenz – zu überprüfen versucht.

In gewissem Sinne verfehlt aber eine solche Kritik die Interessen und Ziele des Autors. Ihm geht es in der Hauptsache darum, ein grundsätzlich verstelltes Geschichtsbild zurückzurufen. Und das gelingt ihm auch. Obwohl sie als Interpretation der komplizierten Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft in Polen nicht als letztes Wort gelten wird, bietet P.s Studie eine unübertroffen reichhaltige Beschreibung von zentralen Aspekten der politischen, sozialen und ökonomischen Realität in Polen der frühen Nachkriegszeit. Darüber hinaus mag der Vf. zu Recht einwenden, daß der Sinn des Stalinismus weder in den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, noch in einem irgendwie historisierbaren Verhältnis zu suchen sei. Im „Falle des Stalinismus ... war die Repression ein Ziel an sich“ (S. 404).

Berkeley

John Connelly

Thomas Weiser: Arbeiterführer in der Tschechoslowakei. Eine Kollektivbiographie sozialdemokratischer und kommunistischer Parteifunktionäre 1918–1938. (Veröff. des Collegium Carolinum, Bd. 72.) R. Oldenbourg Verlag, München 1998. 299 S. (DM 88,—.)

Um Geschichte als Handeln konkreter Menschen zu untersuchen, setzt Th. Weiser auf soziologische Elitenforschung. Mittels Prosopographie sollen „die charakteristischen Züge der Gruppen, ihre Verhaltensweisen, die Mechanik ihrer Erneuerung, ihrer Veränderung und Existenzsicherung in Beziehung zu ihren programmatisch-ideologischen Selbstdarstellungen gesetzt“ werden (S. 11). Der Vf. analysiert biographische Daten von Führungskräften der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (42), der Deutschen (35) und der Tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (49) und gleicht sie mit denen rechter Politiker ab. Auf diese Weise sollen Eigenarten der Führungsgruppen erfaßt, an ihrem Selbstverständnis gemessen und die Bindung der Akteure an relevante soziale Strukturen erhellt werden.

Die Ergebnisse sind eindrucksvoll, trotz notwendiger Vorbehalte gegen Elitekonzepte. Die Verwandtschaft der Linken ist unübersehbar. Unverkennbar sind sie proletarisch verwurzelt, qualifizierte Arbeiter („Arbeiteraristokratie“), sind Vorkämpfer. Dies spiegelt sich nicht unbedingt in den Parteiführungen wider, auch nicht in der KP. Intellektuelle bestimmen dort oft die Politik. Eine Schlüsselrolle spielen „Berufsrevolutionäre“. Nüchtern wird die Bedeutung von Festanstellungen für Funktionäre in einer nicht freundlich gesinnten, allerdings weitgehend demokratischen Umwelt geschildert. Das „Bonzenrum“ wurde oft kritisiert, aber hauptamtliche Tätigkeiten waren durchaus keine Sinekuren. Auch bei Linken spielten Frauen eine weitgehend untergeordnete Rolle. Trotz internationalistischen Anspruchs – gerade der Kommunisten, die ihn auch partiell verwirklichten – blieben die Slowaken unterrepräsentiert.

Die gewünschte innerparteiliche Demokratie wurde in allen Parteien von einem unterschiedlich ausgeprägten Zentralismus der „Apparatschiki“ ersetzt, die Basis blieb weitgehend von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen – und das besonders bei der KPdSch, die ihren Zentralismus brachialer durchsetzte als die in dieser Hinsicht kaum weniger erfolgreichen Sozialdemokraten. Sie taten es mit „Opportunismus“, „Liberalismus“ und „Föderalismus“. Bedenklich die Ähnlichkeit von KP und Honoratiorenparteien, die analog mit kleinen Aktivistenkreisen agierten und nur bei politischer Konjunktur wirklich Massenaktivität entfalteten.

Ws Analyse bereichert das Bild von linken Parteien, erklärt Kontinuitäten der Sozialdemokratie in den kommunistischen Parteien, allerdings ebenso die dort angelegte Zuspitzung, die letztlich auch fern von Moskau die Grundlagen für das ein halbes Jahrhundert später scheiternde Politikmodell legte.

Berlin

Stefan Bollinger